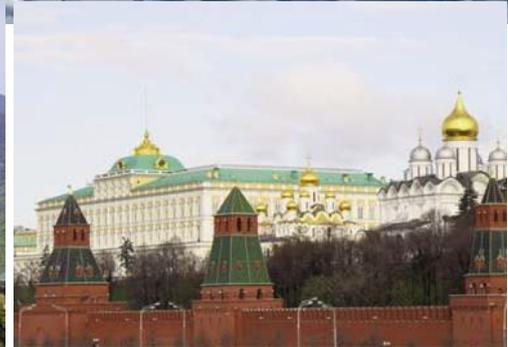


Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

01

2025

Seminare	3
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	4
16.01.-27.02.2025 Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	4
17.01.2025 GTAI-Webinar „Recht und Wirtschaft in China“	4
22.01.2025 Webinar „Neuigkeiten im Verpackungsgesetz 2025 in Portugal“	4
30.01.2025 Inhouse-Marktberatung Skandinavien und Nordeuropa.....	5
04.02.2025 Lateinamerika-Konferenz in Berlin	5
05.02.2025 GTAI-Webinar „Brasilien - Neue Gesetze und Wirtschaftsaussichten“	5
12.02.2025 Webinar „CBAM – aktueller Stand 2025 und Umsetzung“	5
18.-20.03.2025 Markterschließungsreise in die Niederlande: KI in der Logistik.....	6
05.-09.05.2025 BMEL-Unternehmerreise nach Finnland und Schweden	6
27.-31.05.2025 BMEL-Unternehmerreise in die USA (Atlanta).....	6
23.-27.06.2025 BMEL-Unternehmerreise nach Kroatien und Serbien	6
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	7
China: Exportkontrolle gegenüber den USA verschärft	7
China: Ladegeräte für E-Fahrzeuge ab dem 1. August zertifizierungspflichtig	7
China: Neues Energiegesetz in Kraft	7
China: Aktuelles zur Visumbefreiung für Staatsangehörige aus Deutschland	8
Deutschland: Aktualisierte Handreichung des BAFA zum Lieferkettengesetz	8
Deutschland: Änderung der AWV-Meldeschwelle	8
Deutschland: Maßnahmenpaket zur Beschleunigung von Ausfuhrkontrollen	8
Deutschland: Neuer Schiedsgerichtshof bei der DIHK.....	9
Deutschland: Überarbeitung der FAQs zu den Russland-Sanktionen.....	9
ECOWAS: Einführung des elektronischen Ursprungszeugnisses	9
EU: Bulgarien und Rumänien Teil des Schengen-Raums	10
EU: Freihandelsabkommen Mercosur abgeschlossen	10
EU: Futter- und Lebensmittel nicht tierischen Ursprungs	10
EU: Längere Umsetzungsfrist für die Entwaldungsverordnung (EUDR).....	10
EU: Modernisierte Ursprungsregeln im PEM-Raum	11
EU: Neue Regeln für Präferenznachweise beim Handel mit Chile.....	11
EU: Verordnung zum Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten	12
EU: Verzögerung im Antragsverfahren für CBAM-Verordnung	12
EU: Weiteres Sanktionspaket gegen Russland.....	12
EU: Zollfreiheit für Getränke mit Ursprung in Norwegen	12
EU: Zollkontingente für Fisch aus Island und Norwegen	13
Golfregion: Zwölfstellige Zolldariffnummer beim Import.....	13
Malawi: Einführung des elektronischen Ursprungszeugnisses.....	14

Schweiz: Verhandlungen über engere Kooperation mit der EU abgeschlossen	14
Schweiz: Übernahme weiterer EU-Sanktionen gegenüber Russland	14
Südafrika: Antidumpingzölle auf Importe	14
Südkorea: Einreise weiterhin ohne K-ETA möglich	15
Ukraine: Neue Regelungen für Agrarexporte	15
Vereinigtes Königreich: Sicherheitsanmeldungen für EU-Einfuhren verpflichtend	15
Vereinigtes Königreich: Umfassende Reform des Arbeitsrechts geplant	15
Ländernotizen	16
Botswana: Neue Fleisch- und Lederfabrik soll Investoren anziehen	16
Dänemark: Wirtschaftswachstum bleibt robust	16
Indien: Der Markt für Musikinstrumente boomt	16
Irland: Fachkräftemangel über viele Branchen hinweg	17
Malaysia: Verunsicherung durch „America First“	17
Mexiko: Luftfahrtindustrie hebt ab	17
Neuseeland: Neue Chancen im Offshore-Energiesektor	18
Nordeuropa: Funde seltener Erden	18
Polen: Neue Gelder für grünen Wasserstoff	18
Schweden: Die Grüne Transformation gerät ins Stocken	19
Südafrika: Auslandsnachfrage belebt Fleischexporte	19
Taiwan: Ausbau der Satellitenkommunikation	20
Ungarn: Der Wirtschaftsmotor stottert	20
Veröffentlichungen	20
DIHK-Impulspapier zu fairen Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel	20
Verschiedenes	21
Henley Passport Index 2025: Deutscher Pass rutscht ab	21
Impressum	22

Seminare

16.01.2025	Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	Digital
22.01.2025	Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	Digital
30.01.2025	Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	Digital
03.02.2025	Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	Digital
04.02.2025	Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	Digital

Weitere Webinare und Seminarangebote der IHK finden Sie in einer [Online-Datenbank](#) auf der Website der IHK für Ostfriesland und Papenburg.

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

16.01.-27.02.2025 Aktuelle Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Zum Jahreswechsel ergeben sich wieder zahlreiche Änderungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht, die Auswirkungen auf die Außenhandelspraxis von Unternehmen haben. Für Praktiker ist es wichtig, die oft rechtlich verankerten Änderungen zu kennen und zu prüfen, ob diese die Abläufe im eigenen Unternehmen betreffen. Die IHK für Ostfriesland und Papenburg lädt in bewährter Form zu Informationsveranstaltungen ein – wieder als digitales Seminar. Zur Auswahl stehen mehrere Termine:

- 16.01.2025 (09:00 bis 12:30 Uhr)
- 22.01.2025 (09:00 bis 16:00 Uhr)
- 30.01.2025 (09:00 bis 12:30 Uhr)
- 03.02.2025 (09:00 bis 16:00 Uhr)
- 04.02.2025 (09:00 bis 12:30 Uhr)
- 27.02.2025 (09:00 bis 12:30 Uhr)

Das Teilnahmeentgelt pro Person beträgt 130 Euro für ein Halbtags- (09:00 bis 12:30 Uhr) und 195 Euro für ein Ganztagsseminar (09:00 bis 16:00 Uhr). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden selbstverständlich auch im digitalen Format die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit zu den einzelnen Terminen finden Sie in unserer [Weiterbildungsübersicht](#).

17.01.2025 GTAI-Webinar „Recht und Wirtschaft in China“

Germany Trade & Invest (GTAI) veranstaltet am 17. Januar von 10:30 bis 12:00 Uhr ein kostenfreies Webinar zu wirtschaftsrechtlichen Entwicklungen und aktuellen Trends in China. Thematisiert werden die wesentlichen Rechtsentwicklungen des Jahres 2024: insbesondere das Gesellschaftsrecht, das Datenschutzrecht und das Investitionsrecht sowie ausführliche Informationen zur Geschäftspraxis und zu Reisetätigkeiten. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website von GTAI](#).

22.01.2025 Webinar „Neuigkeiten im Verpackungsgesetz 2025 in Portugal“

Die Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer (AHK) organisiert am 22. Januar von 10:00 bis 11:00 Uhr ein kostenfreies Webinar in englischer Sprache zum Verpackungsgesetz in Portugal. Dem Gesetz nach müssen Unternehmen, die außerhalb Portugals ansässig sind und Produkte direkt an Endverbraucher in Portugal verkaufen (B2B & B2C, zum Beispiel durch Onlinehandel) einen Bevollmächtigten benennen. Eine Anmeldung zum Webinar ist per E-Mail möglich an: antonietta-sa@ccila-portugal.com

30.01.2025 Inhouse-Marktberatung Skandinavien und Nordeuropa

Für Unternehmen, die das Marktpotential in Nordeuropa nutzen möchten oder Kooperationspartner vor Ort suchen, bietet die IHK am Donnerstag, 30. Januar 2025, eine Inhouse-Beratung an. Im Gespräch mit Benny Sørensen, offizieller Partner des Landes Niedersachsen in Skandinavien und Geschäftsführer von Sørensen – Connecting Markets, können Unternehmen individuelle Fragen zu Dänemark, Finnland, Norwegen oder Schweden, verschiedene Möglichkeiten eines Engagements, Absatzchancen ihrer Produkte oder Problemlösungen für bestehende Geschäfte mit nordeuropäischen Geschäftspartnern beleuchten. Die einstündigen Beratungsgespräche sind kostenfrei und finden direkt in den Unternehmen statt. Anmeldeschluss ist der 21. Januar 2025. Die Uhrzeit für das Gespräch stimmt die IHK nach Anmeldung individuell mit den Unternehmen ab. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

04.02.2025 Lateinamerika-Konferenz in Berlin

Im Lichte des Mercosur-Abkommens ist die Region spannender denn je: Zur Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft kommen Anfang Februar in Berlin zahlreiche Unternehmensvertreterinnen und -vertreter sowie weitere wichtige Player aus der Region und aus Deutschland zusammen. Im Detail werden die Potenziale der Region am 4. Februar 2025 von 9 bis 19 Uhr in den Räumen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) in Berlin diskutiert. Zu den hochrangigen Gästen aus Wirtschaft und Politik zählen (Vize-)Ministerinnen und Minister sowie Botschafterinnen und Botschafter aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern. Als Ehrengast ist der Vizepräsident von Costa Rica, Stephan Brunner Neibig, angefragt. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der DIHK](#).

05.02.2025 GTAI-Webinar „Brasilien - Neue Gesetze und Wirtschaftsaussichten“

Germany Trade & Invest (GTAI) veranstaltet am 5. Februar von 14:00 bis 15:00 Uhr ein kostenfreies Webinar zu aktuellen Reformen, neuen Gesetzen und der Wirtschaftsentwicklung in Brasilien. In den letzten zwei Jahren wurden in Brasilien entscheidende Gesetzesänderungen durchgeführt. Als Vorreiter bei erneuerbaren Energien gewinnt Brasilien in der globalen Energiewende an Wettbewerbsfähigkeit. Dafür treibt die Regierung Strukturreformen voran und setzt Investitionsanreize zur Dekarbonisierung der Industrie. Außerdem gewinnt die künstliche Intelligenz zunehmend an rechtlicher Bedeutung. Auf der internationalen Bühne hat die EU-Kommission die Bedeutung des Landes für eine neue Geopolitik erkannt. Über das Handelsabkommen mit Brasilien und den anderen Mercosur-Staaten können die EU-Staaten ihre Versorgung mit Rohstoffen und grünen Technologien sichern. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Website von GTAI](#).

12.02.2025 Webinar „CBAM – aktueller Stand 2025 und Umsetzung“

In unserer kostenfreien Online-Veranstaltung am 12. Februar von 10:00 bis 11:30 Uhr geben Referenten der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt einen aktuellen Sachstand zum Carbon

Border Adjustment Mechanism (CBAM) der Europäischen Union und blicken zurück auf die Erfahrungen seit Beginn der Übergangsphase. Außerdem geht das DEHSt auf die Berichtspflichten ein und gibt einen Ausblick auf die Anforderungen im Jahr 2025, die für Unternehmen unter anderem mit der Registrierung als zugelassener CBAM-Anmelder einhergehen. Anschließend besteht die Möglichkeit für Fragen und zum Austausch mit der DEHSt, der in Deutschland zuständigen Behörde für den CBAM. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

18.-20.03.2025 Markterschließungsreise in die Niederlande: KI in der Logistik

Vom 18. bis zum 20. März 2025 führt die Deutsch-Niederländische Handelskammer (AHK), im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), eine Leistungsschau in den Niederlanden zum Thema Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Logistikbranche (Produktionsplanung & Supply Chain) durch. Das Projekt richtet sich an Unternehmen aus ganz Deutschland mit fachlicher Kompetenz und innovativen KI-Lösungen für die Logistik, Produktionsplanung oder Lieferkettenoptimierung. Es handelt sich dabei um eine projektbezogene Fördermaßnahme im Rahmen des Markterschließungs-programms für KMU. Zielgruppe sind vorwiegend kleine und mittlere deutsche Unternehmen. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der AHK Niederlande](#).

05.-09.05.2025 BMEL-Unternehmerreise nach Finnland und Schweden

Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) organisiert die GEFA Exportservice GmbH in Zusammenarbeit mit den Auslandshandelskammern (AHK) in Finnland und Schweden sowie mit dem Verband Food – Made in Germany e. V. eine Geschäftsreise zum Thema Lebensmittel allgemein nach Helsinki und Stockholm. Ziel der Geschäftsreise sind Geschäftsanbahnungen, Erfahrungsaustausch und Kontaktvertiefung mit lokalen Unternehmen und Experten. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite des BMEL](#). Anmeldeschluss ist am 7. Februar 2025.

27.-31.05.2025 BMEL-Unternehmerreise in die USA (Atlanta)

Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) organisiert enviacon GmbH in Zusammenarbeit eine Geschäftsreise zum Thema Lebensmittel allgemein mit Schwerpunkt Bioprodukte in die USA (Atlanta). Ziel der Geschäftsreise sind Geschäftsanbahnungen, Erfahrungsaustausch und Kontaktvertiefung mit lokalen Unternehmen und Experten. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite des BMEL](#). Anmeldeschluss ist am 24. März 2025.

23.-27.06.2025 BMEL-Unternehmerreise nach Kroatien und Serbien

Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) organisiert die SBS GmbH in Zusammenarbeit mit SRMA Consulting und dem Verband Food - Made in Germany e. V. eine Geschäftsreise zum Thema Lebensmittel allgemein nach Zagreb und Belgrad. Ziel der Geschäftsreise sind Geschäftsanbahnungen, Erfahrungsaustausch und Kontaktvertiefung mit lokalen Unternehmen und

Experten. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite des BMEL](#). Anmeldeschluss ist am 28. Februar 2025.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

China: Exportkontrolle gegenüber den USA verschärft

(GTAI) – Dual-Use Güter zu militärischen Zwecken oder für militärische Nutzer dürfen seit dem 4. Dezember 2024 nicht mehr aus China in die USA geliefert werden. Für Dual-Use-Güter, die Gallium, Germanium, Antimon und superharte Materialien enthalten, werden keine Exportgenehmigungen für die USA mehr erteilt. Für den Export von Dual-Use-Gütern aus Graphit in die USA wird eine strengere Endnutzer- und Endverwendungsprüfung durchgeführt. Organisationen oder Einzelpersonen, die an einer Umgehung der obigen Bestimmungen mitwirken, werden von China sanktioniert.

China: Ladegeräte für E-Fahrzeuge ab dem 1. August zertifizierungspflichtig

(GTAI) – Ladegeräte für Elektrofahrzeuge dürfen ab dem 1. August 2026 in China nur noch hergestellt, importiert, verkauft oder in anderen Geschäftstätigkeiten verwendet werden, wenn sie ein gültiges CCC-Prüfsiegel tragen und damit der Pflichtzertifizierung „China Compulsory Certificate“ (CCC) unterliegen. Ab dem 1. März 2025 nehmen die Prüfstellen Anträge auf Zertifizierung entgegen.

China: Neues Energiegesetz in Kraft

(GTAI) – China hat im November 2024 ein eigenes Gesetz für den Energiebereich erlassen. Es sieht staatliche Förderung in vielen Bereichen vor und ist am 1. Januar 2025 in Kraft getreten. Das neue Energiegesetz (EG) besteht aus 80 Artikeln in neun Kapiteln und befasst sich als Rahmengesetz unter anderem mit der Energienutzung sowie dem Energiemarkt. Es enthält auch Haftungsvorschriften. Das EG zielt nach Artikel 1 insbesondere auf die Gewährleistung der nationalen Energiesicherheit, Förderung der grünen Transformation und Kohlenstoffneutralität. In Artikel 2 EG wird der Begriff der Energie weit definiert und beinhaltet unter anderem Kohle, Öl, Erdgas, Kernenergie, Wasserkraft, Wind-, Solar- und Wasserstoffenergie sowie Geothermie. Der Staat fördert insbesondere die Entwicklung sauberer, kohlenstoffarmer Energie, unterstützt die Entwicklung neuer Energietechnologien und fördert aktiv die internationale Kollaboration im Energiebereich. Das EG betont etwa in Artikel 22 die staatliche Unterstützung der "vorrangigen Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien" und des "sicheren, verlässlichen und geordneten Ersatzes fossiler Energie durch nicht-fossile Energie" (Definitionen: Artikel 75 EG). Wesentliche Gesetze im Energiebereich sind in China bisher das Elektrizitäts-, das Energieerhaltungs- und das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Ein Entwurf dieses ersten eigenen Energiegesetzes war im April 2020 zur Kommentierung veröffentlicht worden. Nach drei Lesungen im Laufe des Jahres 2024 verabschiedete der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses das EG schließlich am 8. November 2024.

China: Aktuelles zur Visumbefreiung für Staatsangehörige aus Deutschland

(IHK) – Vom 30. November 2024 bis zum 31. Dezember 2025 können deutsche Staatsbürger mit einem gültigen gewöhnlichen Reisepass für geschäftliche und touristische Reisen, akademischen und kulturellen Austausch sowie für Besuchsreisen und zum Transit ohne Visum nach China einreisen und sich maximal 30 Tage aufhalten. Weitere Informationen und [FAQs](#) finden Sie auf der [Webseite der Botschaft der Volksrepublik China](#) in Deutschland.

Deutschland: Aktualisierte Handreichung des BAFA zum Lieferkettengesetz

(BAFA) – Die neue [Handreichung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle](#) (BAFA), veröffentlicht am 13. Dezember 2024, bietet eine konkrete Orientierungshilfe in Bezug auf die Auswahl und Nutzung von Standards, Audits und Zertifizierungen als Instrumente zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG).

Deutschland: Änderung der AWV-Meldeschwelle

(Bundesbank) – Gemäß § 67 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) bedarf es Transaktionsmeldungen für bestimmte Geschäfte mit dem Ausland. Diese Schwelle ist zu Jahresbeginn von aktuell 12.500 Euro auf 50.000 Euro angehoben. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite der deutschen Bundesbank](#).

Deutschland: Maßnahmenpaket zur Beschleunigung von Ausfuhrkontrollen

(BAFA) – Das Paket des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) umfasst Maßnahmen, um das Ausfuhrkontrollverfahren digitaler, schneller und effizienter zu machen. Die neuen Maßnahmen wurden am 13. Dezember 2024 (in Kraft seit dem 10. Dezember 2024) auf der [BAFA-Website](#) verkündet. Mit den neuen Maßnahmen werden diverse Allgemeine Genehmigungen (AGG) erweitert. Unter anderem wird jetzt im Bereich der Rüstungsgüter die AGG Nr. 33 um weitere Güter für bestimmte Länder ausgeweitet. Zudem werden die AGGen Nr. 13 und Nr. 25 im Hinblick auf die Nutzung für Ausfuhren und Verbringungen in Durchführung von Ertüchtigungsinitiativen der Bundesregierung anwenderfreundlicher gestaltet. Im Bereich der Dual-Use Güter werden neben der neuen AGG Nr. 43 für die Wiederausfuhr von Dual-Use Gütern und der AGG Nr. 44 für die Speicherung von Software und Technologie auf geschützten Cloud-Servern auch Anpassungen und Erweiterungen bei Sammelausfuhrgenehmigungen und Höchstbetragsgenehmigungen vorgenommen. Darüber hinaus vereinfachen technische Anpassungen und neue Serviceleistungen im BAFA die Antragstellung, etwa die Möglichkeit, digitale Unterlagen und digitale Signaturen im Bereich der Endverbleibsdokumente zu verwenden.

Deutschland: Neuer Schiedsgerichtshof bei der DIHK

(DIHK) – Wirtschaftliche Konflikte und ihre rechtlichen Risiken belasten Unternehmen – besonders im internationalen Geschäftsverkehr. Während die Politik noch um eine Modernisierung des Schiedsverfahrens ringt, hat der neue Schiedsgerichtshof (SGH), eine Initiative der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), der Auslandshandelskammern (AHKs) und der Industrie- und Handelskammern (IHK), im Dezember seine Arbeit aufgenommen. Er bietet Lösungen von der Wirtschaft für die Wirtschaft: schnell, kostengünstig und qualitativ hochwertig. Der SGH ermöglicht ein vertrauliches Verfahren und eine rechtlich durchsetzbare Entscheidung außerhalb der staatlichen Gerichte. Bei Bedarf kann bereits vorab eine Mediation eingesetzt werden – insbesondere, wenn laufende Geschäftsbeziehungen erhalten bleiben sollen. Mit der neuen Einrichtung unterstreichen DIHK, IHKs und AHKs ihr Engagement, alle Unternehmen bei der Lösung von Konflikten unabhängig und verbindlich zu unterstützen – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Besonders kleine und mittlere Unternehmen können von der Flexibilität der Verfahren profitieren. Weitere Informationen finden Sie auf www.schiedsgerichtshof.de.

Deutschland: Überarbeitung der FAQs zu den Russland-Sanktionen

(BMWK) – Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat seinen Fragen-und-Antworten-Katalog zu den bestehenden Russland-Sanktionen überarbeitet. Unternehmen finden dort viele Antworten und weitere Informationen in Zusammenhang mit den Handelsbeschränkungen im Rahmen der von der EU gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen. Den FAQ-Katalog finden Sie zum Download auf der [Website des BMWK](#).

ECOWAS: Einführung des elektronischen Ursprungszeugnisses

(GTAI) – Die ECOWAS-Kommission führt schrittweise ein elektronisches Ursprungszeugnis (electronic Certificate of Origin, e-CoO) in den Mitgliedsländern der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) ein. Medienberichten zufolge wurden Nigeria, Côte d'Ivoire, Ghana und Senegal als Pilotländer für das neue System ausgewählt. Die vier Länder sollen die digitale Plattform testen, bevor diese vollständig eingeführt wird. Das derzeitige manuelle Verfahren zur Beantragung eines Ursprungszeugnisses, dessen Aushändigung in Papierform, der Genehmigung durch den Zoll vor der Ausfuhr und die anschließende Vorlage bei den Zollbehörden des Einfuhrlandes als Ursprungsnachweis ist umständlich, zeitaufwändig und betrugsanfällig. Die durchgängige Digitalisierung des Verfahrens soll Transparenz und Vertrauen in das System der Ursprungszeugnisse schaffen. Zudem fördern kürzere Bearbeitungszeiten und geringere Kosten für e-CoC den intraregionalen Handel und stärken die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der ECOWAS-Mitgliedstaaten

EU: Bulgarien und Rumänien Teil des Schengen-Raums

(EU) – Bürgerinnen und Bürger können seit dem 1. Januar 2025 ohne Kontrollen an den Landbinnengrenzen nach Bulgarien und Rumänien sowie zwischen den beiden Ländern reisen. Damit sind Bulgarien und Rumänien vollwertige Mitglieder des Schengen-Raums.

EU: Freihandelsabkommen Mercosur abgeschlossen

(DIHK) – Nach 25 Jahren Verhandlungen haben die Europäische Union und die Mercosur-Staaten Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay im Dezember 2024 eine der größten Freihandelszonen der Welt geschaffen. Das Abkommen zielt im Wesentlichen darauf ab, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern der beiden Blöcke zu liberalisieren. Obwohl der Freihandel und damit der Abbau des Protektionismus im Mittelpunkt stehen, sieht das Abkommen auch künftige Änderungen in Rechtsbereichen vor, wie den Schutz der Rechte an geistigem Eigentum, die Harmonisierung von Umwelt- und Gesundheitsstandards und neue Normen für das öffentliche Beschaffungswesen. Das Abkommen tritt nicht sofort in Kraft. Der Text muss noch rechtlich überprüft und in die Sprachen der Mitgliedsländer übersetzt und von den zuständigen Stellen der Europäischen Union und des Mercosur genehmigt und in die Rechtssysteme aufgenommen werden. Deutschland und Brasilien, die jeweils größten Volkswirtschaften in der EU und im Mercosur, unterstützen die zügige Umsetzung des Abkommens. Rund 12.500 deutsche Unternehmen exportieren in den südamerikanischen Wirtschaftsraum. Diese deutschen Mercosur-Ausfuhren sichern nach Angaben der EU 244.000 Jobs in Deutschland, EU-weit sind es 855.000. Der Wegfall von Zöllen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen kann deutsche Unternehmen jährlich um Kosten in Milliardenhöhe entlasten. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite der Deutschen Industrie- und Handelskammer \(DIHK\)](#).

EU: Futter- und Lebensmittel nicht tierischen Ursprungs

(GTAI) – Die Europäische Union hat die Liste für verstärkte Kontrollen bei der Einfuhr sowie besondere Bedingungen für den Import bestimmter Lebens- und Futtermittel aktualisiert (Durchführungsverordnung (EU) 2024/3153). Anhang I der Durchführungsverordnung enthält die Liste der Futtermittel und Lebensmittel nicht tierischen Ursprungs, die verstärkten amtlichen Kontrollen am benannten Eingangsort unterliegen. Anhang II enthält Lebens- und Futtermittel aus bestimmten Drittländern, deren Eingang besonderen Bedingungen unterliegt. Details hat Germany Trade & Invest auf seiner [Website](#) zusammengestellt.

EU: Längere Umsetzungsfrist für die Entwaldungsverordnung (EUDR)

(GTAI) – Mit der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) führt die EU neue Vorschriften zu entwaldungsfreien Lieferketten ein. Die Verordnung ist am 29. Juni 2023 in Kraft getreten; die Umsetzung erfolgt schrittweise. Der bisherige Geltungsbeginn verschiebt sich um jeweils ein Jahr. Somit gelten folgende neue Umsetzungsfristen:

- 30. Dezember 2025 für große Unternehmen und Händler
- 30. Juni 2026 für Kleinst- und Kleinunternehmen

Mit der Verschiebung haben Drittstaaten, Mitgliedsstaaten sowie Wirtschaftsbeteiligte mehr Zeit, sich auf die Anforderungen vorzubereiten und die Sorgfaltspflichten umzusetzen. Inhaltliche Änderungen gibt es nicht, lediglich der Zeitplan für die Umsetzung ändert sich. Die Verordnung sieht Sorgfaltspflichten für den Handel mit bestimmten Erzeugnissen vor. Betroffen sind Rinder, Holz, Kakao, Soja, Palmöl, Kaffee, Kautschuk sowie daraus hergestellte Waren. Die Verpflichtungen hängen vom Risiko für Entwaldung und Waldschädigung im Herkunftsland der Erzeugnisse ab. Dazu legt die EU-Kommission bis spätestens 30. Juni 2025 das Benchmarking von Ländern in Niedrig-, Standard- und Hochrisiko-Länder vor. Sorgfaltserklärungen werden digital in einem EU-Informationssystem eingereicht. Wirtschaftsbeteiligte können das System seit Dezember nutzen.

EU: Modernisierte Ursprungsregeln im PEM-Raum

(GTAI) – Der Gemischte Ausschuss des PEM-Übereinkommens (PEM = Pan-Europa-Mittelmeer/Pan-Euro-Mediterranean) hatte 2023 neue und modernisierte Ursprungsregeln verabschiedet, die für einen vereinfachten und zugleich flexibilisierten Handel zwischen den 24 Vertragsparteien des PEM-Übereinkommens sorgen sollen. Aufgrund langwieriger Gesetzgebungsverfahren in den einzelnen Ländern konnten bis Ende 2024 nicht alle Freihandelsabkommen angepasst werden. Der Gemischte Ausschuss hat daher am 12. Dezember 2024 sogenannte Übergangsbestimmungen beschlossen. Damit wird sichergestellt, dass weiterhin diagonal kumuliert werden kann und Lieferketten nicht gefährdet werden, obwohl zum 1. Januar 2025 noch nicht alle Freihandelsabkommen eine dynamische Referenz auf das PEM-Übereinkommen vorweisen und somit keine identischen Ursprungsregeln im gesamten PEM-Raum vorliegen. Weitere Informationen und Details finden Sie in diesem [Artikel von Germany Trade & Invest \(GTAI\)](#). Zur PEM-Zone gehören folgende Länder: die Schweiz, die Europäische Union, Island, Liechtenstein, Norwegen, die Färöer-Inseln, die Türkei, Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, die palästinensischen Gebiete, Georgien, die Moldau, die Ukraine, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo.

EU: Neue Regeln für Präferenznachweise beim Handel mit Chile

(EU) – Bereits im Dezember 2023 haben die Europäische Union und Chile ein modernisiertes Rahmenabkommen unterzeichnet. Der Europäische Rat hat schließlich am 18. März 2024 dem neuen EU-Chile-Freihandelsabkommen zugestimmt. Mit dem modernisierten Abkommen erfolgt ab dem 1. Februar 2025 der präferenzielle Ursprungsnachweis für einen zollfreien Handel bei Sendungen über 6.000 Euro nur noch durch den „Registrierten Ausführer“ (REX). Das bedeutet, dass EUR.1 und Ursprungserklärungen als Ursprungsnachweise sowie das vereinfachte Verfahren „Ermächtigter Ausführer“ nicht mehr gelten. Ausführer aus der EU ohne REX-Bewilligung dürfen für Sendungen, welche einen Warenwert von 6.000 EUR überschreiten, dann auch keinen Präferenznachweis mehr ausfertigen. Weitere Informationen finden Sie in dieser [Meldung der EU-Kommission](#).

EU: Verordnung zum Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten

(EU) – Am 12. Dezember 2024 ist die Verordnung [EU-VO 2024/3015](#) zum Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden. Die Verordnung sieht ein generelles Verbot des Inverkehrbringens und Bereitstellens auf dem Unionsmarkt sowie der Ausfuhr von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten aus dem Unionsmarkt vor und gilt ab dem 14. Dezember 2027.

EU: Verzögerung im Antragsverfahren für CBAM-Verordnung

(DEHSt) – Der erforderliche Durchführungsrechtsakt der Europäischen Kommission zur Regelung des Antragsverfahrens für die Erteilung einer Zulassung nach Artikel 5 der CBAM-Verordnung (CBAM-VO) ist bisher noch nicht beschlossen worden und daher auch noch nicht in Kraft getreten. Aus diesem Grund wird die Möglichkeit zur Antragstellung über das Zulassungsmodul im CBAM-Register auch erst verspätet möglich sein. Neuigkeiten hierzu und grundsätzliche Informationen zum Verfahren erhalten Sie im [Newsletter der Deutschen Emissionshandelsstelle \(DEHSt\)](#), der in Deutschland zuständigen Behörde für den europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism).

EU: Weiteres Sanktionspaket gegen Russland

(EU) – Die Europäische Union hat am 16. Dezember 2024 ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland beschlossen, um die Umgehung bestehender Sanktionen zu verhindern und den militärischen sowie industriellen Sektor Russlands weiter zu schwächen. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem folgende Punkte:

- 54 Personen, die aktiv die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine bedrohen;
- 32 neue Einrichtungen, die den militärischen und industriellen Komplex Russlands in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen. Für sie gelten strengere Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck sowie für Güter und Technologien, die zur technologischen Verbesserung des russischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors beitragen könnten. Einige dieser Unternehmen haben ihren Sitz in Drittländern (China, Indien, Iran, Serbien und Vereinigte Arabische Emirate);
- 52 Schiffe aus Drittländern, die ein Hafenzugangsverbot sowie ein Verbot der Bereitstellung von maritimen Dienstleistungen unterliegen. Insgesamt sind nun 79 Schiffe betroffen.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website des Europäischen Rates](#).

EU: Zollfreiheit für Getränke mit Ursprung in Norwegen

(GTAI) – Zwischen der EU und Norwegen besteht ein Freihandelsabkommen. Die Einfuhr der unten genannten Waren ist normalerweise nur im Rahmen eines Kontingents zollfrei. Für Einfuhren, die über das Zollkontingent hinausgehen, sind Zölle zu entrichten. Falls das Zollkontingent bis zum 31. Oktober des

Vorjahres nicht ausgeschöpft wird, gilt im Folgejahr zollfreier Zugang. Das war im Jahr 2024 der Fall, so dass die nachfolgenden Getränke 2025 von der Zollfreiheit profitieren können:

- Wasser, einschließlich Mineralwasser und kohlenensäurehaltiges Wasser, mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Aromastoffen (KN-Code: 2202 10 00)
- Alkoholfreies Bier, Zucker enthaltend (TARIC-Code: 2202 91 00 10)
- Getränke aus Soja mit einem Eiweißgehalt von 2,8 GHT oder mehr, Zucker (Saccharose oder Invertzucker) enthaltend (TARIC-Codes: 2202 99 11 11, 2202 99 11 19)
- Getränke aus Soja mit einem Eiweißgehalt von weniger als 2,8 GHT; Getränke aus Nüssen des Kapitels 8 des Zollkodex der Union, Getreide des Kapitels 10 des Zollkodex der Union und Samen des Kapitels 12 des Zollkodex der Union, Zucker (Saccharose oder Invertzucker) enthaltend (TARIC-Code: 2202 99 15 11, 2202 99 15 19)
- Andere nicht alkoholhaltige Getränke, Zucker (Saccharose oder Invertzucker) enthaltend (TARIC-Code: 2202 99 19 11, 2202 99 19 19)

EU: Zollkontingente für Fisch aus Island und Norwegen

(GTAI) – Die Europäische Union hat 2024 mit Island und Norwegen neue Zusatzprotokolle zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Island beziehungsweise Norwegen mit Sonderbestimmungen für die Einfuhr bestimmter Fische und Fischereierzeugnisse abgeschlossen. Die sogenannten Zusatzprotokolle 2025-2028 legen jährliche zollfreie Kontingente für Fische und Fischereierzeugnisse mit Ursprung in Island und Norwegen fest. Ungenutzte Kontingentsmengen können übertragen werden. Das Zusatzprotokoll tritt am 1. Januar 2025 vorläufig in Kraft, sodass die Zollkontingente ab diesem Zeitpunkt genutzt werden können.

Golfregion: Zwölfstellige Zolltarifnummer beim Import

(GTAI) – Seit dem 1. Januar 2025 wurde die erforderlichen Zolltarifnummern beim Import in die GCC-Region (Gulf Cooperation Council) von acht Stellen auf zwölf Stellen erweitert. Dies betrifft alle Importarten B2B, B2C und C2C. Diese Änderung zielt darauf ab, die Zolltarife in den GCC-Mitgliedsländern Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Katar, Bahrain und Kuwait zu harmonisieren und damit die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Region zu stärken. Zudem passt sie die Region an globale Handelsstandards an.

Unternehmen können mit dieser Umstellung von einer höheren Genauigkeit bei der Tarifierung profitieren, zudem kommt es zu weniger Fehlern und auch zu weniger Verzögerungen bei der Bearbeitung von Sendungen. Ein einheitliches System bedeutet zudem, dass klarere und einheitlichere Richtlinien in Bezug auf Zölle und Zollvorschriften bestehen.

Nicht komplett (also nur acht- statt zwölfstellig) angegebene Zolltarifnummern können hingegen zu Verzögerungen bei der Zollabfertigung in GCC-Region führen.

Malawi: Einführung des elektronischen Ursprungszeugnisses

(GTAI) – Malawi ist nach Eswatini der zweite Mitgliedstaat des Gemeinsamen Marktes für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA), der das elektronische Ursprungszeugnis als Pilotprojekt umsetzt. Das elektronische COMESA-Ursprungszeugnis (electronic Certificate of Origin, e-CoO) wird das manuelle COMESA-Ursprungszeugnis, welches von der Behörde im Ursprungsland der Ware ausgestellt wird, ersetzen. Die Antragstellung, das Genehmigungsverfahren sowie die Ausstellung des Zeugnisses erfolgen sodann über ein elektronisches System. Das e-CoO soll Unternehmen und Zollbehörden zugutekommen, indem es die Bearbeitungszeiten verkürzt und die Kosten senkt, wodurch Waren effizienter über Grenzen hinweg gehandelt werden können. Neben Eswatini und Malawi will auch Sambia das e-CoO testen. Ob darüber hinaus weitere COMESA-Mitglieder das System testen werden, ist noch offen.

Schweiz: Verhandlungen über engere Kooperation mit der EU abgeschlossen

(DIHK) – Am 20. Dezember 2024 bestätigten die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und die Präsidentin der Schweizerischen Eidgenossenschaft Viola Amherd den Abschluss der Verhandlungen über ein breites Paket von Abkommen zur Vertiefung und Ausweitung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Dieses umfasst die Aktualisierung von fünf Abkommen, die der Schweiz bereits Zugang zum EU-Binnenmarkt gewähren: Luftverkehr, Landverkehr, Freizügigkeit, Konformitätsbewertung und Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Anpassung dieser Abkommen soll unter anderem für Unternehmen auf beiden Seiten faire Wettbewerbsbedingungen schaffen. Details finden Sie in dieser [Mitteilung der EU-Kommission](#).

Schweiz: Übernahme weiterer EU-Sanktionen gegenüber Russland

(GTAI) – Der Schweizer Bundesrat hat die Sanktionen gegenüber Russland sowie Belarus aktualisiert und übernimmt damit weitgehend das 15. Sanktionspaket der Europäischen Union vom 16. Dezember 2024. Die Schweizer Maßnahmen sind am 24. Dezember 2024 in Kraft getreten. Die Maßnahmen umfassen die Aktualisierung der Liste der von den Sanktionen betroffenen Personen und Organisationen. Die Schweiz hat weitere 54 natürliche Personen und 30 Unternehmen und Organisationen neu aufgenommen. Bezüglich Belarus unterliegen zusätzliche 26 natürliche Personen sowie zwei Organisationen den Sanktionen. Details finden Sie in dieser [Mitteilung der Schweizer Regierung](#).

Südafrika: Antidumpingzölle auf Importe

(GTAI) – Südafrika aktualisiert Anhang 2 seines [Zoll- und Verbrauchsteuergesetzes](#) und passt somit die derzeit geltenden Antidumpingmaßnahmen auf eingeführte Waren an. Von den Maßnahmen sind unter anderem Produkte aus Deutschland betroffen.

Südkorea: Einreise weiterhin ohne K-ETA möglich

(IHK) – Deutsche Staatsangehörige können auch weiterhin bis zum 31. Dezember 2025 ohne elektronische Reisegenehmigung K-ETA (Korea Electronic Travel Authorization) nach Südkorea reisen. In dieser Zeit benötigen sie keine K-ETA, um visumfrei nach Südkorea einzureisen. Eigentlich galt die Einreise ohne K-ETA nur bis Ende des Jahres 2024. Diese Ausnahmeregelung wurde durch das koreanische Justizministerium um ein Jahr verlängert. Ab dem 1. Januar 2026 kann die K-ETA nach aktuellem Informationsstand zur Einreise nach Südkorea wieder erforderlich sein. Informationen zur Fristverlängerung stehen hier auf der [Website der K-ETA](#) bereit.

Ukraine: Neue Regelungen für Agrarexporte

(GTAI) – Die ukrainische Regierung hat seit dem 1. Dezember 2024 die Exportkontrolle für ausgewählte Agrarprodukte umstrukturiert. Landwirtschaftliche Erzeugnisse sind eine wichtige Exportsäule für die Ukraine und müssten eigentlich für beträchtliche Steuereinnahmen sorgen. Der schwer durch den Krieg angeschlagenen Staatshaushalt ist auf den Mittelfluss angewiesen. Doch ein großer Teil der Ausfuhrerlöse kommt gar nicht zurück ins Land oder umschifft die ukrainischen Steuerbehörden. Weitere Details finden Sie auf der [Website von Germany Trade & Invest \(GTAI\)](#).

Vereinigtes Königreich: Sicherheitsanmeldungen für EU-Einfuhren verpflichtend

(GTAI) – Ab dem 31. Januar 2025 sind summarische Eingangsanmeldungen für Waren aus der Europäischen Union bei der Einfuhr nach Großbritannien verpflichtend. Die Abgabe erfolgt über den [Safety and Security GB Service \(S&S GB\)](#). Voraussetzung ist eine kompatible Software oder die Nutzung eines Community System Providers (CSPs). Verantwortlich für die Abgabe der summarischen Eingangsanmeldungen ist der Beförderer beziehungsweise Betreiber des Transportmittels. Es ist möglich, einen Dienstleister mit der Abwicklung der Erklärungen zu beauftragen. Die Fristen für die Abgabe der Erklärungen sind abhängig vom Transportmittel bzw. Transportweg. Beim Transport über die Roll-On-Roll-Off-Häfen kommen zwei Verantwortliche in Betracht: Für begleitete Waren muss das Speditionsunternehmen die Anmeldung abgeben, bei unbegleiteten Waren/Containern muss der Fährbetreiber die Anmeldung einreichen.

Vereinigtes Königreich: Umfassende Reform des Arbeitsrechts geplant

(GTAI) – Die im Sommer 2024 mit deutlicher Mehrheit gewählte neue britische Regierung hatte in ihrem Wahlprogramm versprochen, innerhalb von 100 Tagen nach Amtsantritt einen Gesetzentwurf zur Reform des Arbeitsrechts vorzulegen. Unter dem Slogan „Make work pay“ wurde dieses Versprechen am 10. Oktober 2024 erfüllt. Angekündigt wird nicht weniger als die größte Überholung des Arbeitsrechts in einer Generation. Zwar muss diese Ankündigung noch durch Konsultation und parlamentarisches Verfahren. Aber wegen der großen Parlamentsmehrheit der hinter diesen Plänen stehenden Labour-Partei sind grundlegenden Änderungen eher unwahrscheinlich.

So sollen unter anderem alle Arbeitnehmer zukünftig von Beginn an einen vollen Kündigungsschutz erhalten. Bislang gibt es eine zweijährige Wartezeit, während derer sich Arbeitnehmer nicht auf den Kündigungsschutz berufen können. Es soll allerdings eine gesetzliche Probezeit von neun Monaten geben, während derer eine Kündigung unter erleichterten Voraussetzungen möglich sein soll. Weitere Informationen und Details finden Sie in diesem [Policy Paper der britischen Regierung](#).

Ländernotizen

Botswana: Neue Fleisch- und Lederfabrik soll Investoren anziehen

(GTAI) – Botswana will die Fleisch- und die Lederproduktion ausbauen. Die halbstaatliche Botswana Meat Commission (BMC) plant den Bau einer Fleischverarbeitungsanlage in der Sonderwirtschaftszone Lobatse sowie die bereits seit langem avisierte Wiedereröffnung einer Gerberei. Die modernisierte Gerberei wird Häute zu Chromleder verarbeiten und damit neue Exportmöglichkeiten schaffen. Botswanas Regierung erhofft sich zudem, neue Investoren anzuziehen, die das Leder zu Fertigwaren wie Schuhen, Taschen, Jacken oder Autositzen weiterverarbeiten.

Dänemark: Wirtschaftswachstum bleibt robust

(GTAI) – Dänemark mausert sich zu einem der stabilsten Märkte der EU und startet auch ins Jahr 2025 mit einem vielversprechenden Ausblick: Laut EU-Kommission wird sich das zuletzt positiv verlaufene Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2025 auf etwa 2,5 Prozent steigern, das sechsthöchste Wirtschaftswachstum in der EU. Das dänische Finanzministerium geht sogar von knapp drei Prozent aus. Treiber der Konjunktur bleibt vor allem die Pharmaindustrie. Die dänische Regierung setzt mit ihrem Haushaltsplan 2025 weiterhin auf eine expansive Finanzpolitik. Dies eröffnet Chancen für umfangreiche Investitionen, insbesondere in den Bereichen Wohlfahrt, grüner Wandel und Bildung, die im Fokus des Haushalts stehen. Der dänische Wirtschaftsrat weist jedoch darauf hin, dass eine strengere Finanzplanung sinnvoll wäre, um die derzeit günstige wirtschaftliche Lage zu stabilisieren. Zwar ging der private Konsum in der ersten Hälfte des Jahres 2024 etwas zurück, doch vor allem für die Jahre 2025 und 2026 erwartet die EU-Kommission einen deutlich ansteigenden Trend. Insbesondere höhere verfügbare Realeinkommen der Haushalte, auch aufgrund niedrigerer Zinssätze und einer gedämpften Inflation in Höhe von derzeit 1,6 Prozent, gelten als Treiber. Da der Konsum aber voraussichtlich weniger stark zunehmen wird als das verfügbare Einkommen, wird die Sparquote der Haushalte weiterhin steigen und damit auf einem hohen Niveau bleiben.

Indien: Der Markt für Musikinstrumente boomt

(GTAI) – In Indien wächst der Umsatz mit Musikinstrumenten kontinuierlich. Laut den Statista Market Insights lag dieser 2024 bei über sechs Milliarden Euro und soll 2025 rund sieben Milliarden Euro betragen. Bis 2029

soll das Marktvolumen auf neun Milliarden Euro ansteigen, was einem jährlichen Umsatzwachstum von 8,6 Prozent entspricht. Das ist mehr als in anderen Märkten der Region wie China und der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN). Die drei wichtigsten Anbieter von Musikinstrumenten mit Niederlassungen in Indien sind die japanischen Firmen Yamaha, Kawai Musical Instruments und Roland. Danach folgt das südkoreanische Cor-Tek und das US-amerikanische Unternehmen Fender. Bei den Gesamteinfuhren der Musikinstrumente und -teile nach Indien im Jahr 2023 führte China mit einem Importwert von über 36 Millionen US-Dollar die Liste mit deutlichem Abstand an. Danach kommen Malaysia, Indonesien und die USA. Musikinstrumente und -teile aus Deutschland lagen mit einem Importwert von über 640.000 US-Dollar bei den Importen auf dem fünften Rang.

Irland: Fachkräftemangel über viele Branchen hinweg

(GTAI) – Der Fachkräftemangel in Irland zeigt sich in zahlreichen Branchen und wird jährlich im National Skills Bulletin der Skills and Labour Market Research Unit (SLMRU) der staatlichen Agentur SOLAS dokumentiert. Laut dem Bericht vom November 2024 arbeiten rund 45 Prozent der Beschäftigten in hochqualifizierten Berufen. Besonders groß ist der Fachkräftemangel bei Softwareentwicklern und IT-Ingenieuren: In dieser Beschäftigtengruppe wurden aktuell rund 40 Prozent aus dem Ausland rekrutiert. Auch in wissenschaftlichen und technischen Berufen fehlen spezialisierte Fachkräfte, darunter Ingenieure in den Bereichen Automatisierung, Elektrik, Mechanik, Qualitätskontrolle sowie Prozess- und Designingenieure. Ebenso gibt es Engpässe bei Medizinforschern. Im Finanzsektor wächst die Nachfrage nach Experten für Digitalisierung, insbesondere mit Know-how in Künstlicher Intelligenz und Blockchain-Technologien. Der Gesundheitssektor kämpft ebenfalls mit erheblichen Lücken: Es fehlt sowohl an Ärzten als auch an medizinischem Fachpersonal.

Malaysia: Verunsicherung durch „America First“

(GTAI) – Die Ankündigung des zukünftigen US-Präsidenten Trump, die Einfuhrzölle auf bis zu 20 Prozent anheben zu wollen, bereitet malaysischen Unternehmen Sorgen. Denn das Land verzeichnet einen kräftigen Handelsüberschuss mit den USA: sechs Milliarden US-Dollar in 2023. Die Elektro- und Elektronikindustrie, die einen Anteil von 55 Prozent an den Gesamtexporten in die USA hat, könnte ins Fadenkreuz der Trump-Administration geraten. Die USA beziehen rund ein Fünftel ihrer Solarmodule aus Malaysia, die dort zum Teil von chinesischen Unternehmen gefertigt werden.

Mexiko: Luftfahrtindustrie hebt ab

(GTAI) – Immer mehr Unternehmen der Luftfahrtindustrie entdecken Mexiko als Produktionsstandort. Europäische Akteure sind ganz vorne mit dabei. Die mexikanische Luftfahrtindustrie hat seit der Jahrtausendwende einen dynamischen Aufstieg erlebt, so der Branchenverband FEMIA. Dem Verband zufolge ist Mexiko zehntgrößter Produzent weltweit mit insgesamt 370 Branchenunternehmen, die 65.000 direkte Arbeitsplätze stellen. Die Produktion konzentriert sich auf Flugzeugteile, die an die Endmontagelinien der Luftfahrzeughersteller in den USA und Kanada geliefert werden.

Neuseeland: Neue Chancen im Offshore-Energiesektor

(GTAI) – Ein geplantes Gesetz bietet ausländischen Unternehmen, die in Neuseelands Erneuerbare-Energien-Sektor investieren wollen, interessante Möglichkeiten. Der Gesetzesentwurf über erneuerbare Offshore-Energie ("Offshore Renewable Energy Bill", kurz "ORE") wurde Ende Dezember 2024 dem neuseeländischen Parlament vorgelegt. Das neue Gesetz, wenn verabschiedet, soll einen Rechtsrahmen schaffen für Offshore-Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, einschließlich Wind-, Solar-, Wellen- und Gezeitenenergie. Der ORE-Gesetzesentwurf sieht unter anderem eine gesetzliche Regelung für die Entwicklung von Offshore-Windenergie in Neuseeland vor. Die Regierung möchte Projektentwicklern damit sichere Bedingungen bieten und Investitionen in Neuseelands Energieinfrastruktur fördern. Das neuseeländische Elektrizitätsnetz wird derzeit noch nicht mit Strom aus Offshore-Windparks versorgt. Während Neuseeland über eine Reihe von Onshore-Windparks verfügt, befinden sich Offshore-Windprojekte bisher nur in der Planungs- und Entwicklungsphase. Der ORE-Gesetzesentwurf wurde in erster Fassung vom gesamten Parlament unterstützt und Ende Dezember 2024 dem Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur zur Bearbeitung zugewiesen. Nach anschließenden Prüfungen in den Ausschüssen und zwei weiteren Lesungen im Parlament kann der Entwurf möglicherweise noch im ersten Quartal 2025 Gesetz werden. Das Wirtschaftsministerium Neuseelands bemisst den Zeitraum etwas konservativer und schätzt, dass das Gesetz Mitte 2025 in Kraft treten wird.

Nordeuropa: Funde seltener Erden

(GTAI) – Schweden, Grönland, Norwegen: alle drei nordeuropäischen Länder verfügen über nennenswerte Rohstoffvorkommen, die wichtig für die europäische Industrie sind. Es häufen sich die Funde seltener Erden. Damit könnte die Rohstoffabhängigkeit des Kontinents von Drittstaaten reduziert werden. Laut Mario Draghi, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank, hätte schon die Eröffnung von lediglich ein bis zwei Minen im europäischen Raum das Potenzial, die Abhängigkeit des Kontinents massiv zu verringern. Mit dem im [Oktober 2024 gestarteten Rohstoff-Fonds](#) unterstützt die Bundesregierung deutsche Unternehmen finanziell bei Rohstoffprojekten.

Polen: Neue Gelder für grünen Wasserstoff

(GTAI) – Polens staatliche Förderbank BGK stellt insgesamt 640 Millionen Euro für Wasserstoffprojekte bereit. Die Zuschüsse richten sich an Unternehmen, die emissionsarmen oder emissionsfreien Wasserstoff produzieren wollen. Firmen können mit den Geldern neue Elektrolyseure finanzieren. Auch für Solaranlagen und Windkraftanlagen winken Zuschüsse, solange der erzeugte Strom in die Wasserstoffproduktion fließt. Die Leistung eines geförderten Elektrolyseurs darf nicht kleiner sein als 20 Megawatt. Zudem muss der beantragte Zuschuss bei unter zwei Millionen Euro je Megawatt liegen. Die Mittel des BGK-Programms stammen aus dem Wiederaufbaufonds der EU. BGK nimmt Anträge bis zum 20. Februar 2025 entgegen. Ende Juni 2025 will die staatliche Bank entsprechende Förderzusagen unterzeichnen. Ziel der Maßnahme ist es, emissionsintensive Energieträger in der Industrie und im Verkehrssektor durch Wasserstoff zu ersetzen. Polens Klimaministerium erwartet, dass die Zuschüsse den Bau neuer Produktionsanlagen mit einer

Gesamtleistung von 315 Megawatt finanzieren werden. Polnische Energiekonzerne wie Orlen und Polenergia planen mehrere Wasserstoffzentren. Die neuen Fördergelder könnten den Firmen dabei helfen, die Großprojekte umzusetzen. Auch polnische Tochtergesellschaften von internationalen Unternehmen gehören zu den möglichen Nutznießern der Fördermaßnahme.

Schweden: Die Grüne Transformation gerät ins Stocken

(GTAI) – Die Klimaneutralität ist traditionell ein Schwerpunkt in der schwedischen Politik. Doch die Auswirkungen der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten machen auch hier nicht halt. Aufgrund sicherheitspolitischer Bedenken im Zusammenhang mit den Krisen hat die schwedische Regierung jüngst den Beschluss gefasst, alle 13 ausgewiesenen Windparks an Schwedens Ostküste zu stoppen. Lediglich das Windparkprojekt vor Göteborg wird weiterverfolgt. Im Jahr 2023 betrug der Anteil von Windkraft bereits 21 Prozent an der schwedischen Stromerzeugung und soll weiter ausgebaut werden. Woher die so dringend benötigte Energie für das bereits stark elektrifizierte Land Nordeuropas stattdessen kommen soll, ist derzeit noch unklar. Mehreren Prognosen zufolge soll die Windkraft an Land verstärkt ausgebaut werden. Darüber hinaus ist Schweden auch Befürworter der Kernenergie. Aktuell trägt diese mit knapp 30 Prozent zum nationalen Strommix bei. Das neue Finanzierungsmodell der Regierung, das vorsieht, zukünftigen Betreibern zinsgünstige staatliche Kredite in Höhe von 26 bis 52 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, untermauert diese positive Einstellung.

Nach vielen Wochen finanzieller Unsicherheit hat außerdem der schwedische Batteriehersteller Northvolt Insolvenz in den USA angemeldet. Auch der Gründer und Geschäftsführer Peter Carlsson ist zurückgetreten. Northvolt galt als einer der Hoffnungsträger der europäischen grünen Wende. Das Unternehmen plante durch die großskalierte Produktion von Elektroautobatterien Europa von chinesischen Batteriezellherstellern unabhängig zu machen.

Südafrika: Auslandsnachfrage belebt Fleischexporte

(GTAI) – Die südafrikanische Fleischindustrie ist in Bewegung. Prognosen des Marktforschungsinstituts Mordor Intelligence zufolge soll der Markt für verarbeitetes Fleisch in den nächsten Jahren um durchschnittlich 6,9 Prozent wachsen, was einem Marktvolumen von 878,2 Millionen US-Dollar im Jahr 2029 entspräche. Der Vorstandsvorsitzende der südafrikanischen Beefmaster Group, Louw van Reenen, sieht noch viel Potenzial für Rindfleischexporte – insbesondere nach China. Auf dem chinesisch-afrikanischen Kooperationsforum FOCAC in Peking kündigte er an, Beefmaster könne seine Rindfleischexporte nach China kommendes Jahr verdoppeln. Die Aufhebung des 21-jährigen Importverbots für südafrikanische Rindfleischexporte nach Saudi-Arabien eröffnet einen weiteren lukrativen Exportmarkt. Bereits im ersten Halbjahr 2024 stiegen Südafrikas Rindfleischexporte signifikant, so die jüngsten Daten der Red Meat Producers Organisation. Demnach wurden bis Ende Juni 23.295 Tonnen Rindfleisch exportiert, verglichen mit nur 15.331 Tonnen im gleichen Zeitraum 2023 und 16.110 Tonnen im Jahr zuvor.

Taiwan: Ausbau der Satellitenkommunikation

(GTAI) – Taiwan baut seine Aktivitäten im Weltall aus. Dazu gehört unter anderem der Bereich Satellitenkommunikation, den die taiwanische Regierung im Nationalen Entwicklungsplan (2025 bis 2028) als eine der fünf "Trusted Industries" gesondert hervorhebt. Denn die Anforderungen an Satellitendienste steigen. Nicht zuletzt die geopolitischen Veränderungen haben Taiwans Regierung dazu bewogen, die Entwicklung von Satelliten in erdnahen Umlaufbahnen intensiver zu verfolgen. Dies soll die eigene Resilienz im Kommunikations- und Beobachtungsbereich stärken. In einem ersten Schritt hat Taiwan Ende 2024 Zugang zu einem Netz von erdnahen Satelliten angemietet. Ein entsprechendes Abkommen hat der größte Telekommunikationsanbieter der Insel, Chunghwa Telecom, mit dem europäischen Anbieter Eutelsat OneWeb im Jahr 2023 ausgehandelt. Solche Satellitendienste können Taiwans Abhängigkeit von Unterseekabeln als Datenübertragungskanäle mit dem Ausland verringern.

Ungarn: Der Wirtschaftsmotor stottert

(GTAI) – Der ungarischen Wirtschaft geht es deutlich schlechter als erwartet. Trotz positiver Prognosen gelang es der ungarischen Wirtschaft 2024 nicht, auf einen stabilen Wachstumspfad zurückzukehren. Ein staatliches Konjunkturprogramm soll die Binnennachfrage steigern und 2025 für Wachstum sorgen. Im Oktober 2024 stellte Wirtschaftsminister Márton Nagy dazu wirtschaftspolitische Leitlinien vor, die auf drei Säulen fußen: höhere Kaufkraft, erschwinglicher Wohnraum und mehr Unternehmensinvestitionen. Ein entsprechender Aktionsplan umfasst 21 Einzelmaßnahmen, die von Zielvorgaben für die Mindestlohnentwicklung, höheren Steuergutschriften für Familien, Zinsdeckeln für Wohnungskredite bis hin zu einem neuen Darlehensprogramm für kleine und mittlere Unternehmen reichen. Einzelne Punkte wie die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns sind unter Wirtschaftsvertretern umstritten. Inzwischen einigten sich die Tarifpartner aber auf einen Dreijahresplan mit schrittweisen Anhebungen um 9, 13 und 14 Prozent. Das Kabinett von Viktor Orbán hofft, mit den Maßnahmen den privaten Konsum zu stimulieren, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen und die Bauindustrie aus der Krise zu führen. Für die Umsetzung des Aktionsplans sind allein im Jahr 2025 rund zehn Milliarden Euro eingeplant. Das Geld soll einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsschub zwischen drei und sechs Prozent in den Jahren 2025 und 2026 auslösen.

Veröffentlichungen

DIHK-Impulspapier zu fairen Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel

Gerade im Weihnachtsgeschäft dürfte so mancher deutsche Einzelhändler mit Online-Plattformen aus Drittländern gehadert haben, die mit teils unfairen Mitteln Kaufkraft abgeschöpft haben. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat dazu nun in ihrem [Impulspapier „Für einen fairen Wettbewerb“](#) zehn Vorschläge zusammengestellt, wie sich für den Handel wieder mehr Chancengleichheit im internationalen Wettbewerb herstellen ließe.

Verschiedenes

Henley Passport Index 2025: Deutscher Pass rutscht ab

Im vergangenen Jahr galt der Deutsche Pass noch als wertvollstes Reisedokument der Welt. Wie der [Henley Passport Index](#) für 2025 nun berechnet hat, sieht das dieses Jahr anders aus. Denn 2025 landet Deutschland gemeinsam mit Frankreich, Italien, Spanien, Finnland und Südkorea nur noch auf Platz drei. Demnach können Deutsche in 192 Staaten visumsfrei einreisen, 2024 waren es noch 194. Platz eins belegt jetzt Singapur, Passbesitzer können 195 Länder ohne Visum bereisen. Auf Platz zwei folgt Japan. Österreich, Dänemark und Schweden belegen mit 191 Zielen den vierten Platz. Die USA sind mit 186 visafreien Orten auf den neunten Platz abgerutscht (2024 noch Platz sechs).

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden

www.ihk-emden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

01 2025